

# **Maßnahmen zum Abbau von Hemmnissen bei Finanzierung, Aufbau und Betrieb von Ladeinfrastruktur**

 strategiedialog   
automobilwirtschaft BW



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## **Kurzfassung des Abschlussberichts**

Die Antriebswende und Elektrifizierung der Fahrzeugflotte ist ein zentrales Element des Transformationsprozesses der Automobilwirtschaft und elementarer Bestandteil des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW (SDA). Für das Gelingen der Antriebswende muss zwingend ausreichend verfügbare Ladeinfrastruktur zur Verfügung stehen. Die Landesregierung unterstützt diesen vielschichtigen Transformationsprozess auf vielfältige Weise, um die entscheidenden Weichen für eine klimaschonendere und zukunftsfähige Mobilität zu stellen.

Aus diesem Grund wurden im Themenfeld Energie des Strategiedialogs in den vergangenen zwei Jahren vielfältige Prozesse etabliert, um den Aufbau von Ladeinfrastruktur voranzutreiben und zu beschleunigen. Im Themenfeld Energie wurden bislang zehn Handlungsfelder (Missionen) definiert und von spezifischen Expertengruppen bearbeitet. Dieser Abschlussbericht hält die Ergebnisse von insgesamt zwei Missionen fest, die sich vor die Aufgabe gestellt sahen, bestehende Hemmnisse bei Finanzierung, Aufbau und Betrieb von Ladeinfrastruktur zu identifizieren und Empfehlungen zum systematischen Abbau dieser Hürden zu erarbeiten. Dieser Prozess ist nach einem fruchtbaren und intensiven Arbeitsprozess erfolgreich zu einem Abschluss gebracht worden. Dieser Bericht hält die Ergebnisse der Arbeiten fest.

Teil dieser Arbeitsgruppen waren einschlägige Branchenvertreter:innen aus der Wirtschaft, aus den Verbänden sowie Vertreter:innen der kommunalen Ebene. Ebenfalls Teil der Arbeitsgruppen waren die betroffenen Landesministerien für Verkehr, Umwelt, Landesentwicklung und Wohnen, Wirtschaft und das Innenministerium.

In den vergangenen Monaten wurden in einem ersten Schritt zunächst insgesamt 112 bestehende Hemmnisse herausgearbeitet. Ein entsprechender Abschlussbericht dieses ersten Teils der Aufgabenstellung wurde im Januar 2023 veröffentlicht. Anschließend wurde in einem interdisziplinären Austauschprozess intensiv daran gearbeitet, Vorschläge zur Lösung der identifizierten Hemmnisse zu entwickeln. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Hemmnisse wurden unterschiedlich besetzte Expertengruppen für einzelne Themenschwerpunkte gebildet.

Nach Ansicht des Teilnehmerkreises ließe sich durch die Beseitigung der bestehenden Hemmnisse eine deutliche Beschleunigung und Vereinfachung bei Finanzierung, Aufbau und Betrieb von Ladeinfrastruktur erreichen.

Die herausgearbeiteten Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an die Entscheider:innen der Landespolitik. Verbunden mit der Veröffentlichung dieses Berichts ist die klare Erwartungshaltung, dass die erarbeiteten Handlungsempfehlungen schnell, unkompliziert und

möglichst umfassend durch die zuständigen Stellen umgesetzt werden, um relevante Verbesserungen zu erreichen und die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch bestehenden zahlreichen Hemmnisse wirksam und dauerhaft zu reduzieren.

## **Aufgabenschwerpunkte**

Die zuständigen Stellen des Landes werden durch diesen Bericht dazu aufgefordert, zeitnah Aktivitäten einzuleiten und die erarbeiteten Handlungsempfehlungen umzusetzen. Wo konkrete Zuständigkeiten auch außerhalb der Landesverwaltung liegen, wird das Land aufgefordert, durch seinen Einsatz die entsprechenden Stellen auf die Problemlagen aufmerksam zu machen und darauf hinzuwirken, dass auch diese Hemmnisse beseitigt werden.

Um den Aufbau der Infrastruktur zu erleichtern, sollten die Schwerpunkte künftiger Tätigkeiten nach Meinung der Arbeitsgruppe vornehmlich auf folgende Bereiche konzentriert werden:

- Genehmigungsverfahren und -prozesse
- Flächenverfügbarkeit
- Netzanschluss, und –kapazität

Explizit herausgearbeitet wurde, dass im Bereich der Ladeinfrastruktur für Pkw maximal noch partiell Bedarf an Fördermitteln durch die öffentliche Hand besteht, da unterdessen hinreichend private Investitionen stattfinden. Lediglich in einigen ausgewählten Bereichen kann eine niederschwellige und möglichst unkomplizierte Förderung noch sinnhafte Impulse setzen. Förderprogramme sollten sich auf unterdeckte Regionen konzentrieren (bspw. auf touristische Regionen mit erheblichen Bedarfsspitzen in der Reisesaison) und Bereiche mit einer frühen Marktreife (z. B. E-Lkw). Zudem werden Förderprogramme für (Bestands)-quartiere, insbesondere mit Geschosswohnungsbau als notwendig angesehen.

### **Prioritär umzusetzende Handlungsempfehlungen**

Die Mitglieder der Mission zum Abbau der Hemmnisse schlagen vor, die nachfolgenden Aktivitäten prioritär umzusetzen, um möglichst schnelle Erfolge beim Abbau der Hürden zu erreichen.

- **Erarbeitung von Mustergenehmigungsverfahren für den Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur:**  
Diese gemeinsam mit Genehmigungsbehörden und betroffenen Akteuren zu erarbeitenden Muster sollen der kommunalen Ebene landesweit zur Verfügung gestellt werden, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und einheitliche Standards zu etablieren. Gemeinsam soll ein entsprechender Kriterienkatalog entwickelt und zur

Anwendung gebracht werden, um klare Rahmenbedingungen für die Umsetzer vor Ort zu etablieren.

Das Land wird zudem dazu aufgefordert, auch bundesweite Standardisierungen gemeinsam mit dem Bund und den Ländern zu erarbeiten.

- **Verfahren zur systematischen Erhebung verfügbarer Flächen ausweiten:**

Das Land hat 2023 einen erfolgreichen Prozess zur Identifikation von für Ladeinfrastruktur geeigneten Landesflächen umgesetzt. Die identifizierten Flächen werden im FlächenTOOL der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur eingetragen und somit öffentlich zur Verfügung gestellt. Dem Land wird empfohlen, diesen Prozess auszuweiten und auch die kommunale Ebene sowie Flächen im Privatbesitz mit einzubeziehen.

- **Verfahrensfreiheit für Ladeinfrastruktur auch auf Nebenanlagen ausweiten und als bundesweiten Standard etablieren:**

Um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen sollten neben der Ladeinfrastruktur auch die notwendigen Nebenanlagen (insb. Umspannstationen sowie zum Ladepark gehörende Services wie sanitäre Anlagen oder Mini-Supermärkte) möglichst verfahrensfrei gestellt werden. Es wird empfohlen, weiteres Vereinfachungspotential zu prüfen und die Landesbauordnung entsprechend anzupassen.

Mit Einführung landesweit praktikabler Regelungen sollte auch für die Umsetzung im gesamten Bundesgebiet geworben werden.

Der Landesregierung wird empfohlen, das Thema in der ARGEBAU zu adressieren, mit dem Ziel die Musterbauordnung (MBO) anzupassen.

- **Bürokratieabbau bei Genehmigungsverfahren vorantreiben und einschlägige, ggf. hemmende Regelwerke (z.B. TA Lärm, ANBest-P, ANBest-K) auf Praktikabilität überprüfen:**

Es wird empfohlen, die für den Ausbau der Ladeinfrastruktur möglicherweise hemmenden Regelungen durch die von der Landesregierung initiierte Entlastungsallianz zu prüfen und größtmögliche Potentiale des Bürokratieabbaus in diesen Regelungen aufzudecken.

- **Netzausbau sowie die Beschleunigung der Netzanschlussverfahren forcieren:**

Die Thematik bezüglich der notwendigen (Strom)-Netzinfrastruktur ist in der Arbeitsgruppe nur am Rande behandelt worden, da parallel weitere Aktivitäten in anderen Missionen des SDA erarbeitet wurden. Jedoch wurde die Relevanz der dringend notwendigen Modernisierung des Netzes und der Beschleunigung der Beantragung und Realisierung von Netzanschlüssen an vielen Punkten deutlich.

Die Mitglieder dieser Missionen empfehlen dem Land daher dringend, schleunigst

weitere Aktivitäten anzuregen und gemeinsam mit der Netzwirtschaft weiter an praktischen und zukunftsfähigen Lösungen für die voranschreitende Elektrifizierung des Mobilitätssektors zu erarbeiten.

Die vollständige Zusammenstellung der identifizierten Hemmnisse sowie die erarbeiteten Handlungsvorschläge zu deren expliziten Beseitigung sind der Langfassung des Abschlussberichts zu entnehmen.

[Abschlussbericht Energie Mission 06.pdf \(e-mobilbw.de\)](#)

Stuttgart, den 07.12.2023